

6 Fragestunde

Beginn der Fragestunde: 12:21 Uhr

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen nun schon zur Fragestunde. Danke, und Judith hat mir wieder genau gesagt, 12:21 Uhr, weil ich bin so blind, ich sehe das da oben nicht und habe keine Uhr. 12:21 Uhr und ich darf gleich bitten, Herrn Gemeinderat Pointner, seine Frage an Herrn Stadtrat Manfred Eber zu stellen.

6.1 Frage 1: Ergebnisse der Compliance-Prüfung in der GUF (GR Mag. Pointner, NEOS, an StR Eber, KPÖ)

Gemeinderat **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, werte Verwaltung, werte Zuseherinnen und Zuseher hier und an den Geräten, Ihnen allen von ganzem Herzen ein Prosit Neujahr mit viel Gesundheit und Wohlsein. Meine Frage gründet sich leider auf weniger Wohlsein, weil vor genau einem Jahr hat sich der Kontrollausschuss des Gemeinderates in sehr vielen, sehr konstruktiven Sitzungen intensiv mit der Grazer Unternehmensfinanzierungs-GesmbH, kurz GUF, auseinandergesetzt. Das ist, kurz gesagt, eigentlich so etwas wie die interne Finanzschaltstelle der Stadt Graz. Diese Sitzungen wurden notwendig, weil der Stadtrechnungshof in einem Bericht massive Mängel in den bisherigen Geschäftspraktiken der GUF aufgedeckt hat, über die letzten fast Jahrzehnte. Dieser Bericht, übrigens, das ist vielleicht interessant für alle Grazerinnen und Grazer zu wissen, ist einsehbar auf der Homepage des Stadtrechnungshofes. Alle Berichte des

Rechnungshofes sind dort zu lesen und lesen sich teils sehr, sehr spannend, teils auch erfreulich, wenn etwas gut läuft, je nachdem.

Jedenfalls, die bisherigen Geschäftspraktiken und die Mängel darin umfassen Folgendes, nämlich: Nutzung von Cash-Pooling zur Schuldenfinanzierung, die Verwendung von zweckgebundenen Rücklagen für Zwischenfinanzierungen anderer Art, die nicht dem Zweck entsprochen haben, Umgehungen von haushaltsrechtlichen Bestimmungen, unzureichende interne Kontrollen und mangelnde Information des Gemeinderates als oberstes Kontrollorgan der Stadt Graz. Nun ist der Gemeinderat tätig geworden und hat eine Neuaufstellung dieser GesmbH beschlossen, das war am 13.Juni 2024, und auch in einer anderen Sitzung eine umfassende Compliance-Prüfung dieser neuen GUF, also, um festzustellen, ob die Neuaufstellung auch wirklich den gewünschten Effekt erzielt, also ob jetzt haushaltsrechtliche Bestimmungen eingehalten werden, ob die internen Kontrollmechanismen gestärkt werden oder auch ob die Geschäftsführung auch ausreichend transparent und risikobewusst mittlerweile vorgeht. Ein Monat ist nun nach Ablauf der Frist verstrichen, und wir haben noch keinen Bericht vorgelegt bekommen. Er war nicht auf der Tagesordnung des Finanz- und Beteiligungsausschusses heute, obwohl eigentlich die Beschlusslage das verpflichtend vorgesehen hat. Das wirft jetzt die grundsätzliche Frage auf: Hat diese Compliance-Prüfung schon stattgefunden? Die dauert in solchen Fällen normalerweise für diese Unternehmensgröße gar nicht so lange. Man kann da von einer Prüfungsdauer von circa einer Woche ausgehen. Und wie geht es jetzt weiter? Wann werden wir informiert? Worüber werden wir informiert? Läuft jetzt alles? Um das sicherzustellen, stelle ich die

Frage

an den zuständigen Stadtrat, Manfred Eber, zu welchen Ergebnissen ist die im Gemeinderat beschlossene Compliance-Prüfung der Grazer Unternehmensfinanzierungs-GesmbH gekommen?

Originaltext der Anfrage:

Vor genau einem Jahr hat sich der Kontrollausschuss intensiv mit der Grazer Unternehmensfinanzierungs GmbH (GUF) auseinandergesetzt bzw. auseinandersetzen müssen. Notwendig wurde dies, da der Stadtrechnungshof in seinem Bericht massive Mängel in den bisherigen Geschäftspraktiken der GUF aufgedeckt hat. Dazu zählten unter anderem die Nutzung von Cash Pooling zur Schuldenfinanzierung, die Verwendung von zweckgebundenen Rücklagen für andere Investitionen, die Umgehung haushaltsrechtlicher Bestimmungen, unzureichende interne Kontrollen und die mangelnde Information des Gemeinderats als oberstes Kontrollorgan der Stadt Graz. Als eine von vielen Maßnahmen hat der Grazer Gemeinderat dann am 25. April 2024 eine umfassende Compliance-Prüfung der Grazer Unternehmensfinanzierungs GmbH (GUF) beschlossen, die sechs Monate nach Neuaufstellung der GUF stattfinden sollte. Als Ziel dieser Prüfung können unter anderem die Einhaltung haushaltsrechtlicher Bestimmungen, die Stärkung interner Kontrollmechanismen sowie die Sicherstellung einer transparenten und risikobewussten Geschäftsführung genannt werden. Nachdem die Neuaufstellung der GUF am 13. Juni 2024 hier im Gemeinderat beschlossen wurde, stellt sich heute - ein Monat nach Ablauf der Frist für die Compliance-Prüfung- mangels transparent zugänglicher Informationen die grundsätzliche Frage, ob diese Prüfung überhaupt durchgeführt wurde. Zumindest fand sich bisher kein Informationsbericht dazu auf den Tagesordnungen des Finanz- und Beteiligungsausschusses, wie es die Beschlusslage verpflichtend vorgesehen hat. Dies wirft nicht nur die Frage auf, wie der Gemeinderat - als oberstes kontrollierendes Organ - über die Umsetzung und Wirkung der neu aufgestellten GUF fristgerecht informiert werden soll, sondern es bleibt auch offen, welche weiteren Schritte zur nachhaltigen Verbesserung der Transparenz und Risikoüberwachung der GUF geplant sind. Festzuhalten ist auch, dass der aktuelle Fall bei weitem nicht der erste und einzige ist, bei dem der für die Beteiligungen der Stadt Graz zuständige Stadtrat Manfred Eber Fristen und Versprechungen nicht einhält. Um sicherzustellen, dass die im Gemeinderat beschlossenen Punkte bezüglich Transparenz in und Kontrolle (Compliance) der GUF aber auch tatsächlich umgesetzt

werden, stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion und gemäß § 16a der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat folgende

Frage:

Zu welchen Ergebnissen ist die im Gemeinderat beschlossene Compliance-Prüfung der Grazer Unternehmensfinanzierungs GmbH (GUF) gekommen?

Stadtrat **Eber:**

Danke, lieber Philipp, für die Frage, die gibt mir auch die Gelegenheit, noch einmal kurz auf die jüngste Entwicklung sozusagen der GUF zurückzublicken. Du hast schon gesagt, die GUF ist die Finanzdrehzscheibe, das finanzielle Herz der Stadt Graz beziehungsweise des Hauses Graz, 2005 gegründet, und wir haben, nachdem es, du hast den Stadtrechnungshofbericht ja auch angesprochen, nachdem es in der Vergangenheit tatsächlich immer wieder Kritik an der GUF gegeben hat, haben wir Anfang 2023 den Auftrag erteilt, die GUF zu modernisieren und vor allem auch in Hinblick auf die Transparenz besser zu gestalten. Der Bericht des Stadtrechnungshofs, der ja von dir angesprochen wurde, der im April 2024 im Gemeinderat präsentiert worden ist, hat dieses Vorgehen auch deutlich bestätigt. Mit rund 540 Millionen Euro jährlicher Bilanzsumme und täglich zahlreichen Buchungen für das Haus Graz war eine Schließung und Modernisierung keine Option. Stattdessen wurde bei laufendem Betrieb diese Umstellung vorgenommen, sozusagen, wie wir es damals auch bezeichnet haben, eine Operation am offenen Herzen. Dass das alles so reibungslos und so professionell verlaufen ist, dafür möchte ich auch heute den beiden Geschäftsführern Michael Hierzenberger und Stefan Tschikof sowie der Prokuristin Christine Gassner sehr herzlich danken. Konkret verändert wurde: im März 2023 wurde eine neue Geschäftsordnung eingeführt, vor allem mit umfassenden Transparenzmaßnahmen. Es wurden zentrale, kurzfristige und vor allem risikoaverse Finanzierungsmaßnahmen getroffen, eine Neuorganisation des Cash-Poolings mit der

Aufteilung auf zwei Bereiche und eines IT-basierten Kontrollsystems, das ebenfalls eingeführt wurde. Die Holding Graz wurde im Dezember 2024 beauftragt, eine umfassende Compliance-Überprüfung vorzunehmen. Der Bericht dieser Compliance-Prüfung wird am 31. März 2025 dem Holding-Aufsichtsrat vorgelegt und anschließend der Eigentümerin und in Folge natürlich auch dem Finanzausschuss präsentiert. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderat **Pointner**:

Das finde ich sehr schön, dass wir jetzt ein Datum genannt bekommen, der Auftrag war aber allerdings, wie ich es vorher gesagt habe, ein halbes Jahr, daher die Nachfrage: Warum wird dem Auftrag, dem Beschluss des Gemeinderats nicht entsprochen?

Stadtrat **Eber**:

Danke. Dem Beschluss des Gemeinderats wird entsprochen. Der Beschluss lautet nämlich, dass die Eigentümerin der GUF, also die Holding Graz, ist anzuweisen, sechs Monate nach Implementierung der GUF Neu die interne Revision zu einer Compliance-Prüfung einzusetzen. Beschlossen wurde das am 13. Juni im Gemeinderat. Der Start der GUF Neu sozusagen war am 1.7., also das heißt, sechs Monate danach wäre der 31.12. und wir haben sogar sozusagen vorfristig diesen Auftrag erteilt.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals. Nächster Fragesteller ist Herr Gemeinderat Wagner. Er stellt seine Frage an Stadtrat Robert Krotzer.

**6.2 Frage 2: Drogenprävention
(GR Wagner, FPÖ, an StR Mag. Krotzer, KPÖ)**

Gemeinderat **Wagner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Stadtrat Krotzer. Die heutige Frage geht an Sie, da geht es um das Thema Drogenprävention. Wir müssen leider feststellen, dass in Graz immer mehr Menschen zu Drogen, insbesondere auch zu harten Drogen, greifen. Das Abwassermonitoring hat ergeben, dass sich der Kokain-Konsum in Graz nahezu verfünffacht hat in den letzten fünf Jahren und auch der Konsum von Cannabis nimmt stetig zu. Wenn man den Wert, der aus diesem Monitoring herausgeht, mit der Einwohnerzahl multipliziert, kommt man zum Schluss, dass täglich in Graz annähernd 22 Joints geraucht und 4.000 Lines Kokain geschnupft werden. Natürlich gibt es ein Bündel an Maßnahmen und an Stellen, die sich diesem Thema widmen, aber offenbar sind diese Maßnahmen nicht ausreichend, um den Entwicklungen entgegenzuwirken. Deshalb meine

Frage

an Sie:

Welche Maßnahmen zur Prävention haben oder werden Sie zusätzlich zu den bereits bestehenden Angeboten einleiten?

Originaltext der Anfrage:

Sehr geehrte Herr Stadtrat!

Immer mehr Menschen greifen in Graz zu harten Drogen und das gib Anlass zur Sorge. Laut Abwasser-Monitoring hat sich der Kokainkonsum in Graz in den letzten 5 Jahren fast verfünffacht. Auch der Konsum von Cannabis nimmt stetig zu.

Multipliziert man die Werte die sich aus dem Abwasser – Monitoring ergeben mit der Einwohnerzahl von Graz, werden jeden Tag 22.000 Joints geraucht und 4000 Lines Kokain geschnupft.

Offenbar wirken die bisherigen Maßnahmen dieser Entwicklung nicht ausreichend entgegen.

Daher ergeht an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, nachstehende

Anfrage

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates
der Landeshauptstadt Graz:*

Welche Maßnahmen zur Prävention haben/werden, sie zusätzlich zu bereits bestehenden Angeboten, einleiten?

Stadtrat **Krotzer:**

Sehr geehrter Gemeinderat Wagner, danke für die Frage und damit auch die Möglichkeit, dass wir uns ebendieses Drogenmonitoring, das nicht nur aus den Grazer Abwässern, sondern aus Abwässern österreichweit gezogen wird, aber wo wir eben auch Ergebnisse für die Stadt Graz ableiten dürfen und die auch analysieren. Ich freu mich auch, dass Doktor Ulf Zeder heute hier dabei ist, unser Grazer Suchtkoordinator, der sozusagen für uns diese Zahlen auch immer im Blick hat. Wenn wir uns jetzt diese Zahlen anschauen, möchte ich zum besseren Verständnis noch ein bisschen auf die Methodik dieses Abwasserscreenings eingehen, wo es eben darum geht, dass eben aus der Kläranlage Proben entnommen werden, auch Konsummarker überprüft werden, aus denen sich dann unterschiedliche Suchtmittel beziehungsweise deren Stoffwechselprodukte überprüft werden können. Aus dem lassen sich dann gewisse Rückschlüsse auf die Menge an konsumierten Substanzen, das umfasst ja von Alkohol

und Nikotin über die ganze Bandbreite illegaler Substanzen alles. Man muss allerdings sozusagen diese Zahlen immer unter einem gewissen Vorbehalt sehen. Die werden einmal im Jahr entnommen, das heißt, es können sich hier auch über den Verlauf gewisse Störvariablen einziehen, weil das vielleicht auch mit besonderen Veranstaltungen zu tun hat, oder auch mit der momentanen Angebot-Situation am Schwarzmarkt. Die Zahlen, die wir für Graz haben, betreffen nicht nur Graz, sondern auch die umliegenden Gemeinden, die eben bei den Abwässern sozusagen an unserer Kläranlage dranhängen und im Vergleich zu 2019 hat sich die Menge des konsumierten Kokains, nach diesem Monitoring, um das etwa 2,5-fache erhöhte, also nicht um das 5-fache. Der Anstieg ist allerdings kein Grazer Spezifikum, sondern eine österreichweite Tendenz. Wir haben hier sozusagen auch am Schwarzmarkt sehr viele Entwicklungen in dem Bereich, eben eine gewisse Schwemme, eben gerade auch im Bereich Kokain und mit der besonderen Problematik, dass das, was in den letzten Jahren in Europa unterwegs ist, auch sehr, sehr viel stärker dosiert ist, als das in früheren Jahren der Fall gewesen ist. Graz weist aber im Vergleich zu den anderen teilnehmenden Landeshauptstädten keine Auffälligkeiten auf. Es bringt auch nichts, sozusagen ein Österreich-Rating zu machen, aber für die Region Kufstein ist der höchste Pro-Kopf-Konsum feststellbar gewesen. Eine gewisse Unschärfe haben wir insofern drinnen, als dass die Städte Wien und Linz fehlen. Also, teilnehmenden Landeshauptstädte und Großstädte sind Innsbruck, Salzburg und Klagenfurt.

Was wir auch noch einmal einschränkend sagen müssen in der Zusammenfassung, dass sich da quasi direkte Rückschlüsse auf die Anzahl der konsumierenden Personen beziehungsweise die Anzahl des konsumierten Pro-Person auch schwer sagen lassen. Damit komme ich aber jetzt zu Ihrer Frage, nämlich der Suchtprävention. Wir freuen uns sehr, dass wir das Projekt „Triptalks“ beziehungsweise „Drug Checking“ im Sommer 2022 starten durften, mit dem Land Steiermark zusammen. Ich habe Ihnen da auch mitgebracht, den aktuellen Jahresbericht, den ich Ihnen dann gerne geben darf. Ganz ein wichtiges Angebot, wo eben Personen, die illegale Substanzen konsumieren, dort Proben nehmen können und es gibt uns insbesondere auch die Möglichkeit, in den Austausch zu gehen, Menschen auf besondere Gefahren hinzuweisen und dann

eben auch im direkten Gespräch auch Alternativen anbieten zu können, oder auch Therapieangebote etc. Ich könnte hier jetzt noch sehr, sehr viel sagen, ich sehe, dass ich die Zeit schon weit überschritten habe. Vielleicht haben wir eh noch eine Nachfrage. Ich erlaube mir nur den Hinweis, dass Suchtprävention immer ein umfassendes Bündel ist und aus meiner Sichtweise eine gute Sozialpolitik auch die wichtigste Form der Suchtprävention ist, dass Menschen einfach ein gutes Leben haben und in guten Verhältnissen leben und das hoffentlich dann auch minimiert, dass Menschen sozusagen aus Realitäten flüchten müssen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Zusatzfrage, bitte.

Gemeinderat **Wagner**:

Danke für die ausführliche Antwort. Was aber natürlich hervorkommt, auch wenn wir uns bei den Jahren vielleicht ein bisschen anderer Meinung sind, fünf Jahre, zweieinhalb Jahre, aber feststeht ja definitiv, dass es mehr wird. Das ist natürlich ein Problem. In der Antwort hat halt eines gefehlt: Was werden Sie jetzt, jetzt haben wir noch vielleicht zwei Jahre in dieser Periode, was werden Sie zukünftig da noch eben an Angeboten zur Verfügung stellen?

Stadtrat **Krotzer**:

Wie gesagt, „Druck Checking“, „Triptalks“ ist eine ganz wichtige Möglichkeit, dass wir eben mit, wenn man es so nennen will, Zielgruppen ins Gespräch kommen. Man kann, glaube ich, viele Zettel verteilen, man kann viele Plakate aufhängen, aber das persönliche Gespräch ist einfach die allerwichtigste Form, wie man eben auch präventiv wirken kann, wie man auch auf Gefahren hinweisen kann und auch Menschen überzeugen kann, besser die Finger von gewissen Substanzen zu lassen,

insbesondere auch solchen, die verunreinigt sind oder besonders schädliche Substanzen beinhalten. Ich habe schon hingewiesen, die Situation ist natürlich eine, die österreichweit beobachtbar ist, und insofern sind wir auch sehr froh, dass es hier einen sehr guten Austausch gibt. Ulf Zeder ist für uns ja auch vertreten, sowohl im bundesweiten als auch im steiermarkweiten Drogenfachgremium. Wir sind aktiv auch dabei im Arbeitskreis Sucht und wir haben in Graz ja das Glück, dass sowohl die Drogenberatungsstelle des Landes Steiermark als auch VIVID, die eben genau von Landesseite auch diesen Auftrag haben, der Suchprävention, dass die nicht nur für Graz zuständig sind, sondern auch in Graz beheimatet sind. Wir werden natürlich die Situation weiter im Blick behalten und sozusagen aufbauend auf dem Maßnahmenmix weitere Schritte setzen. Insofern freut es mich auch, dass ja jetzt mit 1. Jänner auch begonnen hat, sozusagen die neue Periode gewissermaßen des Kontaktladens, wo eben auch das Projekt „Druck Checking“, „Triptalks“ nicht mehr nur als Pilot dabei ist, sondern wir das ja auch in der Ausschreibung mit drinnen hatten und damit auch noch einmal etwas mehr Möglichkeiten geboten sind.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Nächster ist Herr Gemeinderat Eustacchio. Er stellt seine Frage an Frau Vizebürgermeisterin.

**6.3 Frage 3: Weiterer Entfall von Stellplätzen (Parkraum)
(GR Mag. (FH) Eustacchio, parteilos, an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)**

Gemeinderat **Eustacchio**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren der Stadtregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat, werte Vertreter aus den Ämtern, Zuschauer auf der Zuschauertribüne und werte Damen und

Herrn, die uns heute online folgen. Frau Vizebürgermeisterin, Frage an Sie: Seitdem Sie die Verantwortung für die Verkehrsagenden in der Stadt Graz übernommen haben, musste sich die Bevölkerung einer noch nie dagewesenen und völlig überbordenden Reduktion von Stellplätzen im öffentlichen Raum gefallen lassen. Es handelt sich um die Vernichtung von circa 1.500 Stellplätzen sowohl in der Blauen, also in der Grünen Zone, und dies in drei Jahren. Unabhängig von der Behinderung von Anwohnern und vor allem in der Innenstadt von Betrieben und Gewerbetreibenden verursacht und verursachten Sie damit einen massiven Einnahmenverlust seitens der Stadt Graz. Diese 1.500 Stellplätze können mit circa 1.000 € Einnahmenverlust pro Stellplatz und Jahr beziffert werden. Das bedeutet einen Einnahmenverlust von 1,5 Millionen pro Jahr, und das ist niedrig angesetzt. Auf 10 Jahre hochgerechnet sprechen wir dann von 15 Millionen Einnahmenverlust. Herr Stadtrat Eber, dass du das hier noch nicht aufgeschrieben hast, wundert mich ein wenig, aber bitte, es ist ja ideologisch getrieben. Nachdem weitere Maßnahmen zur Reduktion von Stellplätzen im Grazer Stadtgebiet geplant sein sollen und Sie unter anderem für die Abteilungen Straßenamt, Stadt- und Verkehrsplanung zuständig sind, ergeben sich natürlich noch offene Punkte und Fragestellungen. Daher stelle ich Ihnen als zuständiges Stadtsenatsmitglied folgende

Frage:

Wie hoch wird die Anzahl der schon in Planung befindlichen Reduktion der Stellplätze, getrennt nach Blauer und Grüner Zone, bis zum Ende Ihrer Regierungsverantwortung in dieser Stadtsenatsperiode zu beziffern sein?

Originaltext der Anfrage:

Sehr geehrte Frau Bgm-StV Mag. Schwentner!

Seitdem sie die Verantwortung für die Verkehrsagenden in der Stadt Graz übernommen haben, musste sich die Bevölkerung einer noch nie dagewesenen und völlig überbordenden Reduktion von Stellplätzen im öffentlichen Raum gefallen lassen.

Es handelt sich um die Vernichtung von ca. 1.500 (eintausendfünfhundert) Stellplätzen, sowohl in der „blauen“ als auch in der „grünen“ Zone. Und dies in drei Jahren.

Unabhängig von der Behinderung von Anwohnern und vor allem in der Innenstadt von Betrieben und Gewerbetreibenden, verursachten und verursachen sie damit einen massiven Einnahmenverlust seitens der Stadt Graz.

Diese 1.500 Stellplätze können mit ca. € 1.000,-- / Einnahmenverlust pro Stellplatz und Jahr beziffert werden.

Das bedeutet einen Einnahmenverlust von ca. 1.500.000,-- (1,5 Mio.) / Jahr. Niedrig geschätzt.

Auf zehn Jahre hochgerechnet, sprechen wir, wenn nicht auch noch weitere Stellplatzreduktionen kommen, von einem Einnahmenverlust von € 15.000.000,-- (15 Mio.).

Nachdem weitere Maßnahmen zur Reduktion von Stellplätzen im Grazer Stadtgebiet geplant sein sollen und sie unter anderem für die Abteilungen, Straßenamt, Stadt- und Verkehrsplanung zuständig sind, ergeben sich noch offene Punkte.

Daher stelle ich ihnen als zuständiges Stadtsenatsmitglied folgende

Frage:

Wie hoch wird die Anzahl der schon in Planung befindlichen Reduktion der Stellplätze, getrennt nach „blauer und grüner“ Zone, bis zum Ende ihrer Regierungsverantwortung in dieser Stadtsenatsperiode, zu beziffern sein.

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Danke, Herr Gemeinderat, für die Frage. Das ermöglicht mir, einige Dinge klarzustellen und vielleicht auch richtigzustellen und vor allem vorweg einmal ein paar Zahlen richtigzustellen. In Bezug auf die Anzahl der Parkplätze und auch in Bezug auf die von

Ihnen genannten Einnahmen und auch etwas, was die Periode vor meiner Zuständigkeit betrifft. Ich habe mich nämlich erkundigt, und ich weiß es jetzt aus meiner Erfahrung in den letzten drei Jahren: Die Parkplatzsituation und die Zahl der Parkplätze damit, ändert sich ständig. Sie wissen das auch aus der ARGE Parkraum. Sie waren da sicher früher als Verkehrsstadtrat drinnen, und so hat sich auch in Ihrer Zuständigkeit als Vizebürgermeister und Verkehrsstadtrat zwischen 2017 und 2021 die Situation so dargestellt, dass knapp 1.000 Stellplätze in Ihrer Verantwortung gestrichen, gefallen sind, das nur vorweg. Es gibt sozusagen eine Kontinuität. Also, Parkraum und öffentlicher Raum ist eine sich verändernde Größe. Dazu kommt, dass 2023, auch das möchte ich richtigstellen, was die Einnahmen betrifft, knapp 1.200 pro blauen Stellplatz berechnet sind und knapp 660 pro grünen Stellplatz.

Was hat sich verändert, seitdem ich zuständig bin? Seitdem ich zuständig bin, haben wir 1.000 Parkplätze, also wir sind weit weg von den 1.500, die Sie kolportieren, 1.000 Parkplätze umverteilt, nämlich zugunsten der Innenstadtentlastungsstrecke. Sie wissen, das war eines der größten Projekte in der Innenstadt. Natürlich ändert sich da der Straßenraum zugunsten von Bäumen, von Geh- und Radwegen umverteilt. Gleichzeitig, und das möchte ich auch betonen, haben wir einiges verändert, wir haben nämlich mehr Parkplätze für Menschen mit Behinderungen. Im Vergleich zu 2021 haben wir jetzt 526 Parkplätze für Menschen mit Behinderungen im innerstädtischen Bereich. Wir haben, und das ganz neu eingeführt, pilothaft zuerst, und jetzt erweitert spezifische Parkplätze nur für Anwohner:innen, weil Sie erwähnen, die Anwohner:innen, die sind eigentlich dort, wo wir es jetzt haben, äußerst zufrieden und viele wollen in den Bezirken mehr. Ich möchte auch erinnern, aber Sie wissen es ganz sicher, es gibt eine neue StVO, und überall dort, wo sich der Straßenraum verändert, aufgrund einer Baustelle, wie zum Beispiel in der Maiffredygasse, ist das Straßenamt gezwungen, Querparker, die in den Gehsteig hineinragen und damit Menschen behindern, zu Längsparkern zu machen. Auch das schränkt natürlich dann Parkplätze ein und, das ist mir echt wichtig zu sagen, nicht zuletzt ist Parkraumreduktion auch manchmal Baumschutz. Wir haben es am Joanneumring, wir haben es auch in der Zollgasse gehabt, aber auch am Geidorfgürtel, dass Bäume kaputt sind aufgrund von

Parkschäden, nämlich so beschädigt, dass sie nicht mehr leben oder weiterleben können. Am Joanneumring gibt es nicht nur einen neuen Radweg, sondern der Joanneumring war vor allem ein Riesen-Baumschutzprojekt. Das ist mir echt wichtig zu sagen und auch wichtig, das wissen wir vom Straßenamt. Es gibt seit Jahren, auch in der Zeit schon vor mir, einen Rückgang bei der Auslastung von Parkplätzen. Wenn man schon so eine Rechnung anstellt wie Sie, dann wissen wir auch, dass leerstehende Parkplätze vor allem Kosten verursachen, und das bringt uns gar nichts.

In der Innenstadt haben wir, habe ich erheben lassen, rund 5.000 Parkplätze stehen zur Verfügung, die sind nicht ausgelastet. Wir haben davon ungefähr 1.100 in der Blauen Zone, der Rest sind Tiefgaragen. Insgesamt ist es mir echt wichtig zu sagen, Ihre Rechnung ist mir zu einfach. Der Wert einer Straße, der Wert der Plätze in unserer Stadt, das bemessen wir doch bitte nicht an Parkplätzen. Der Wert der Straßen und der Stadt ist unser Lebensraum und Verkehrsplanung ist deswegen für mich nicht nur, dazu gehört auch die Parkraumbewirtschaftung, Verkehrsplanung ist Stadtplanung, ist Gestaltung unseres Lebensraums, und das funktioniert nicht nur als Parkplatz oder als Verkehrsknotenpunkt, sondern Innenstadt ist Raum zum Wohlfühlen, ist ein Ort, an dem man, sie machen das auch gerne, im Gastgarten sitzt, zu Besuch kommt als Touristin, als Tourist, oder flaniert oder was auch immer macht, arbeitet hier, aber es ist kein Parkplatz. Das funktioniert immer besser, wir haben Probleme, über die werden wir uns auch noch unterhalten, aber die Innenstadtfrequenz zeigt uns gerade auch zum Advent, aber in jedem Monat, die Zahlen steigen.

Zu Ihrer Frage, was die Planungen in der weiteren Folge des Gemeinderates dieser Periode anbelangt, kann ich nur sagen, wir machen die Projekte weiter wie bisher, nämlich dass wir immer schauen, dass die Sicherheit, die Leichtigkeit und Flüssigkeit für Fuß-, Rad-, Öffentlich- und Individualverkehr gesichert ist, dass wir bestmögliche Bürger:innenbeteiligung machen und am Ende dann wissen, wie die Straße neu gestaltet wird und am Ende wissen, wie viele Parkplätze umverteilt wurden zugunsten, wie gesagt, Geh- und Radwegen, öffentlichem Verkehr und Bäumen. Das heißt, ich kann Ihnen das immer nur im Anschluss nennen, weil wir haben jetzt ein großes

Projekt im ORF-Viertel und da weiß ich noch nicht, was in der Bürger:innenbeteiligung dann rauskommt.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Bitte, um die Zusatzfrage.

Gemeinderat **Eustacchio**:

Frau Vizebürgermeisterin, Sie haben ganz konkret auf meine Frage nicht geantwortet, weil Sie wissen, dass ich gefragt habe, welche geplanten Projekte betroffen sind und welcher Ansatz sich daraus ergibt. Das haben Sie nicht beantwortet. Überprüfen Sie noch einmal, oder lassen Sie die Zahlen noch einmal überprüfen, weil Ihre stimmen so aus meiner Sicht nicht, oder meinen Informationen. Dass auch in der Vergangenheit Parkplätze auch reduziert worden sind, das stimmt natürlich, allerdings war diese Reduktion nicht einer ideologischen Ausrichtung unterstellt, sondern das ist ausschließlich in Ihrer Zeit passiert, zumindest mehrheitlich. Daher frage ich Sie, sind Sie bereit, diese ideologisch getriebene Parkplatzvernichtung zukünftig zu vermeiden, auch in Hinsicht auf die Einnahmensituation, dass der arme Herr Stadtrat Eber ein bisschen mehr Geld in sein Tascherl bekommt?

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Ich kann mit der Begrifflichkeit wenig anfangen, weil ich habe es Ihnen geschildert, worum es da geht. Es geht um die Gestaltung unseres Lebensraums und nicht um die Schaffung von Parkplätzen, sondern eben um die Schaffung von Aufenthaltsqualität. Das ist mir wichtig. Ich habe die Frage sehr wohl beantwortet, ich habe Ihnen gesagt, wie viele Parkplätze bis jetzt, und das ist die Zahl, die mir gegeben wurde, von Straßenamt und unseren Abteilungen. Wenn Sie andere haben, dann können wir das gerne abgleichen. Die habe ich Ihnen genannt. Sie wissen, alle Projekte, die wir noch

umsetzen, werden hier im Gemeinderat beschlossen, zuerst in den Ausschüssen besprochen, und da kann ich dann jeweils dazusagen, wie viele Parkplätze verändert werden in andere Möglichkeiten.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Als nächstes Frau Clubobfrau Hopper, sie stellt ihre Frage an meine Kollegin Judith Schwentner.

**6.4 Frage 4: Linie 5
(CO GRin Hopper, ÖVP, an Bgm.in-Stv.in Mag.a Schwentner)**

Clubobfrau **Hopper**:

Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer:innen auf der Galerie und im Stream. Ich werde versuchen, meine Frage möglichst kurz zu halten, und vielleicht schaffen wir das auch bei den Antworten, damit wir möglichst viele Fragestellungen heute auch noch dran bekommen. Ich glaube, es ist bei meiner Fragestellung machbar liebe Frau Vizebürgermeisterin. Der zweigleisige Ausbau der Linie 5 ist eines jener Projekte, die noch in der Vorgängerperiode beschlossen, geplant wurden und quasi auf Schiene gebracht wurden. Nach zweijähriger Bauzeit und die Auswirkungen dieser Bauzeit, haben wir auch im Verkehrsfunk immer wieder mitbekommen, konnte die neue Strecke jetzt im November auch eröffnet werden. Bedauerlicherweise, und das haben wir jetzt da eben in Erfahrung gebracht, hat das allerdings dazu geführt, dass es bisher nur vier zusätzliche Fahrten am Tag gibt, und das ist vielen, die diese Straßenbahn nutzen oder auch die durch die Bauzeit einfach mit Einschränkungen zu kämpfen hatten, ein bisschen zu wenig, und man fragt sich da wirklich, wieso das eigentlich dann nicht mehr ist. Der Grund liegt offenbar, und das haben Sie auch beantwortet, medial, dass

es zu wenige Garnituren gibt, und Sie möchten in Zukunft zusätzliche Garnituren einschieben. Aus diesem Grund möchte ich auch ganz konkret die

Frage

stellen: Bis wann können denn die Bewohnerinnen und Bewohner im Grazer Südwesten mit diesen zusätzlichen Fahrten rechnen?

Originaltext der Anfrage:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin-Stellvertreterin Mag.^a Schwentner!

Der zweigleisige Ausbau der Linie 5 ist eines jener Projekte, die noch von der Vorgängerregierung beschlossen und auf Schiene gebracht wurden. Nach zweijähriger Bauzeit konnte die neue Strecke im November eröffnet werden. Bedauerlicherweise gab es jedoch bisher nur vier zusätzliche Fahrten. Der Grund liegt offenbar in der fehlenden Möglichkeit, zusätzliche Garnituren einzuschieben. Auf die diesbezügliche Kritik haben Sie medial geantwortet, dass in Zukunft weitere Garnituren eingeschoben werden.

Aus diesem Grund stelle ich an Dich, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin-Stellvertreterin, folgende

Frage:

Bis wann können die Bewohner im Grazer Südwesten mit diesen zusätzlichen Fahrten rechnen?“

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Danke, Frau Gemeinderätin. Wir haben uns alle wirklich sehr gefreut, dass die Linie 5 im November eröffnet wurde. Wir waren da parteiübergreifend dort und haben das gemeinsam präsentiert. Nicht nur die Doppelgleisigkeit ist extrem erfreulich, übrigens ist die Baustelle dort wunderbar, reibungslos und vorbildlich abgelaufen, und

Beschwerden sind da eigentlich so gut wie nie an uns herangetragen worden. Das ist ein vorbildliches Projekt gewesen, mit dem Ergebnis, dass wir noch dazu sehr schöne Rasengleise haben, die auch den Zweck erfüllen, nicht nur ästhetisch schön zu sein, sondern auch bei Starkregenereignissen Wasserversickerungsmöglichkeiten zu bieten, was wichtig ist in Zukunft, wenn wir davon, wie wir wissen, durch den Klimawandel immer mehr betroffen sind.

Zur Frage: Ich habe, nachdem ich den Takt nicht vorgebe für die Graz Linien, sondern wir da andere Beschlüsse fassen, natürlich bei der Holding nachgefragt. Die Graz-Linien-Stellungnahme kann ich Ihnen wie folgt zur Kenntnis bringen: Seit 120 Jahren fuhr die Linie 5 eingleisig vom Zentralfriedhof nach Puntigam. Die steigenden Fahrgastzahlen in den zukünftigen Entwicklungen machen ein dichteres Intervall notwendig, als auf der eingleisigen Strecke möglich ist. Deswegen haben das beschlossen im Gemeinderat. Die 1,37 km 2-gleisig auszubauen, übrigens der Beschluss ist im März 2022 erfolgt, also schon in unserer Zuständigkeit. Was auch besonders erfreulich ist, der Bund hat diesmal erstmals dazugezahlt, deswegen konnten wir es auch so schnell umsetzen. Die Straßenbahnlinie 5 – sagt mir Graz-Linien – wurde im Frühverkehr aufgrund des eingleisigen Streckenabschnitts bislang nur mit einem 7,5-Minuten-Intervall betrieben. Ab jetzt ermöglicht das eine deutliche Verbesserung des Fahrplanangebots auf der betroffenen Strecke für unsere Fahrgäste im Frühverkehr auf sechs Minuten. Also in der Früh ist das schon ermöglicht. Der Ausbau war wichtig, aufgrund der 900 Wohneinheiten, die ja im Brauquartier entstanden sind und damit auch für die vielen Menschen, die dort wohnen, der Takt verbessert ist, und sie das in Anspruch nehmen können. Mit Ende 2025 werden wir auch durch den Nahverkehrsknoten Puntigam bei Inbetriebnahme der Koralmbahn als Pendlerknoten davon profitieren. Und ja, ab 2026 kommen die ersten neuen Flexity-Straßenbahnen, und damit können die Notwendigkeiten auf der Linie 5 angepasst und verdichtet werden. Aber wie gesagt, insgesamt hat das einen Mehrwert, der sich nicht nur auf den Takt reduzieren lässt.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Bitte um die Zusatzfrage.

Clubobfrau **Hopper**:

Vielen Dank für die Beantwortung. Also 2026 dürfen wir da auch wirklich mit mehr als viermal mehr am Tag rechnen. Das ist wirklich erfreulich, gerade für die Personen, die dort wohnen. Sie haben es eh erwähnt, ich freue mich auch wirklich, dass Sie gerade ganz konkret die Koralmbahn auch erwähnt haben, weil im Grazer war auch zu lesen, dass seitens der Holding, dass gerade im Zusammenhang mit der Koralmbahn die Errichtung und diese Ausweitung sehr, sehr wichtig ist, und gerade nicht nur dieser 5er und die Doppelgleisigkeit, sondern auch ganz konkret die Anbindung des Nahverkehrsknotens Webling eine ganz entscheidende Bedeutung hat in dem Zusammenhang. Wir haben dazu ja auch im Grundsatzbeschluss 2023 unter Punkt 9 Folgendes, ich darf hier ganz kurz zitieren, beschlossen, und zwar die „Erarbeitung einer Prioritätenreihung der in der ÖVS zum Ausbau empfohlenen Straßenbahnstrecken“. Dabei soll eben auch die Anbindung der Linie 5 an den Nahverkehrsknoten Webling, beziehungsweise Kärntner Straße geprüft werden. Wir haben in der Vergangenheit das schon oft thematisiert. Mein Kollege Georg Topf hat beispielsweise im Februar 2024 einen Antrag dahingehend gestellt, wo die Beantwortung eben ein Verweis auf diverse Planungen und Studien war. Aber wir haben auch im Mai 2024 einen Antrag eingebracht, in Kombination mit der Anbindung an den Nahverkehrsknoten Don-Bosco, wo wir auch den Nahverkehrsknoten Webling thematisiert haben. Dieser Antrag hat aber keine Dringlichkeit bekommen, obwohl wir eigentlich durchgehend sowohl von der Holding als auch von Ihnen immer wieder hören, dass es sehr, sehr wichtig ist, dass das passiert.

Wir auf alle Fälle sind der Meinung, dass es dringend diese Verlängerung zum Nahverkehrsknoten Webling auch braucht. Deshalb darf ich hier noch vielleicht die

Zusatzfrage

stellen: Bis wann dürfen wir mit der Vorlage der entsprechenden Planungen beziehungsweise mit dem Beschluss dieses Straßenbahnstückes, nämlich der Anbindung des Nahverkehrsknotens Webling, durch die Verlängerung der Linie 5 rechnen?

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Die Anbindung ist derzeit in Planung. Ich kann Ihnen jetzt kein genaues Datum nennen, aber es ist in Arbeit und wird Ihnen zeitnah dann auch berichtet. Insgesamt möchte ich sagen, dass die Koralmbahn auf mehreren Nahverkehrsknoten und sozusagen entlang der Strecke, was Graz anbelangt, vorbereitet und in Umsetzung ist. Das betrifft ja mehrere Knoten, nicht zuletzt auch, und das möchte ich auch hier hervorheben, die oftmals kritisierte Baustelle Peter-Tunner-Gasse. Das ist eine ÖBB-Baustelle, die wichtig ist, eben um zu gewährleisten, dass dann die höhere Frequenz und Verdichtung durch die Koralmbahn auch gewährleistet ist. Es betrifft uns Grazerinnen und Grazer, aber auch da nutzen auch die Zeit, um einen Mehrwert zu generieren, was Geh- und Radwege und die Unterführung anbelangt. Also, es ist in Arbeit und wird berichtet.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Nächster Fragesteller, Herr Gemeinderat Ammerer, stellt seine Frage an Herrn Stadtrat Hohensinner.

**6.5 Frage 5: Inklusives Bildungssystem nach Vorgabe der UN-Behindertenkonvention
(GR Ammerer, Grüne, an StR Hohensinner MBA, ÖVP)**

Gemeinderat **Ammerer**:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, werte Zuseher auf der Galerie und im Livestream, lieber Kurt Hohensinner, es geht mir heute um das im neuen Regierungsprogramm der blau-schwarzen Landesregierung postulierte Bekenntnis zu Sonderschulen. Als dieses Regierungsprogramm vorgestellt worden ist und wir diese Überschrift, viel mehr ist ja noch nicht da, gelesen haben, hat das so einige Menschen in Graz stark beunruhigt. Und zwar warum? Sonderschulen bedeuten ein segregiertes Schulsystem, vor allem wenn sie großflächig eingesetzt werden. Wenn man das so ausdrücken darf, bedeutet das, dass Kinder mit Behinderungen von Kindern ohne Behinderungen getrennt werden, räumlich und verinstitutionalisiert. Das wird von Selbstvertreter:innen, wie auch der UN-Behindertenrechtskommission, die die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention überwacht, als diskriminierend, beziehungsweise als der Inklusion zuwiderlaufend betrachtet. Nachdem wir ohnehin nicht auf einem sehr guten Weg sind, was das angeht, ich weise nur darauf hin, dass der Monitoring-Ausschuss festgestellt hat, dass der Anteil der Schüler:innen mit Behinderungen kontinuierlich zurückgeht, oder in, wenn ich mich richtig erinnere, besorgniserregendem Ausmaß, hat er es glaube ich ausgedrückt, dann wirft das natürlich die Frage auf, was das Bekenntnis zur Sonderschulen bedeuten soll. Aus meiner Sicht ist das eine gefährliche Drohung. Nämlich nicht zu einem Fortbestand nur, sondern zu einem Ausbau. So interpretiere ich das. Was das zu bedeuten hat, ist, dass Kinder mit Behinderungen immer stärker und stärker so segregiert werden und aus der Gesellschaft geholt und wegverinstitutionalisiert werden, etwas, was ich gehofft hatte, dass wir schon längst hinter uns hatten, oder wo wir zumindest kontinuierlich daran arbeiten, besser zu werden. Na ja, und deshalb stelle ich dir, lieber Kurt Hohensinner, die

Frage:

In welcher Weise wirst du dich dafür einsetzen, dass die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention bezüglich eines inklusiven Bildungssystems in der Stadt Graz weiter vorangetrieben werden?

Originaltext der Anfrage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

*im Regierungsabkommen der neuen steirischen Landesregierung unter FPÖ Führung findet sich ein „Bekenntnis zu Sonderschulen“. Selbstvertreter*innenorganisationen, Expert*innen, Monitoringsausschuss und der österreichische Behindertenrat sind sich jedoch einig, dass Sonderschulen eine Bildungsform sind, die der UN-Behindertenrechtskonvention widerspricht und der Inklusion im Wege steht. Alle Genannten plädieren daher für inklusive Schulformen.*

Nun ist es so, dass sich Österreich durch die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention zur De-Institutionalisierung verpflichtet hat. Das Bekenntnis der neuen Landeskoalition zu Sonderschulen steht hierzu im eklatanten Widerspruch. Es mag sein, dass es, wie von Ihnen selbst immer wieder ins Feld geführt, durchaus weiterhin mancher Standorte bedarf, die durch einen erhöhten Betreuungsschlüssel Personen betreuen können, die beispielsweise von einer ausgeprägten Autismus-Spektrum Störung betroffen sind. Nichtsdestotrotz ist die „Fahrtrichtung De-Institutionalisierung“ klar vorgegeben. Auch die UN-Behindertenrechtskommission in Genf sieht in Sonderschulen einen Widerspruch zur UN-Behindertenrechtskonvention und zum fundamentalen Menschenrecht auf inklusive Bildung von allen Lernenden.

Dass ein inklusives Bildungssystem in Österreich derzeit noch in weiter Ferne liegt, ist klar, trotzdem müssen unsere Bemühungen in diese Richtung gehen. Ein „Bekenntnis zu Sonderschulen“ ist deshalb auch als Absage an die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention zu werten, denen sich Österreich verpflichtet hat.

*Darüber hinaus ist bereits jetzt festzustellen, dass es besorgniserregende Entwicklungen hin (oder eher zurück) zum Sonderschulsystem gibt. In der Inklusionsstrategie der Stadt Graz heißt es beispielsweise:
Bei seiner letzten Überprüfung sieht er (Der Monitoringausschuss, Anm.) sogar Anzeichen für Rückschritte. Es wäre kein Bemühen um Veränderung erkennbar. Bildungspolitik und -administration würden nicht genügend systematische Anstrengungen unternehmen, um das System aus Sonderschulen und Integrationsklassen zu verändern. Der Prozentsatz von Schüler:innen mit Behinderung in Regelschulen verringere sich vielmehr ‚besorgniserregend‘.“*

Wenn die Landesregierung also zusätzlich zu bereits stattfindenden Rückschritten ein „Bekenntnis zu Sonderschulen“ abgibt, so kann dies getrost als „Bekenntnis zum Rückschritt“, aufgefasst werden.

Deshalb stelle ich dir als zuständigen Stadtrat für Menschen mit Behinderung folgende

Frage:

In welcher Weise wirst du dich dafür einsetzen, dass die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention bezüglich eines inklusiven Bildungssystems in der Stadt Graz weiter vorangetrieben werden?

Stadtrat Hohensinner:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat Ammerer, lieber Tristan, vielen Dank für deine Frage. Wie du wahrscheinlich weißt, war ich vor meiner hauptamtlichen politischen Tätigkeit weit über 10 Jahre bei Lebensgroß, vormals Lebenshilfe tätig und habe mich dort in den unterschiedlichsten Feldern eingesetzt, auch vor allem für die Inklusion. Also, die Inklusion ist mir ein Herzensanliegen.

Was die Bildung betrifft, ist meine Vision, dass wir allen Kindern eine individuelle Unterstützung anbieten, damit sie bestmöglich eine Schulkarriere zusammenbringen.

Das soll für Kinder sein, die Aufholbedarf haben, aber auch für hochbegabte Kinder. Also ich glaube, dass wir wirklich die volle Breite unserer Kinder wirklich mit allen Mitteln unterstützen müssen, so inklusiv wie möglich. Dazu braucht es auch wirklich viele Ressourcen und ich werde später beim Dringlichen Antrag auch noch einmal ausführen, gerade die SPÖ hat das einmal versucht, übers Knie zu brechen, da wollte man von heute auf morgen, innerhalb von einem Jahr alle Sonderschulen abschaffen. Also da hat es einen Prozess gegeben, wo man leider nachher verabsäumt hat, die Ressourcen an den Schulen, an den Regelschulen zu positionieren, weil wenn man Sonderschulen abschafft, heißt das im Umkehrschluss, dass wir an jeder Regelschule, jedes Kind gut unterstützen müssen und da braucht es die Ressourcen. Das ist ganz wichtig. Man muss auch die Haltung der Eltern berücksichtigen, die Haltung der Pädagoginnen und Pädagogen und die Haltung können wir für die Inklusion gewinnen. Diese Menschen können wir für die Inklusion gewinnen, wenn wir genügend Ressourcen bereitstellen. Der Inklusionsprozess ist ein sehr aufwendiger Prozess, das heißt, wir dürfen diesen Prozess nicht über das Knie brechen. Das habe ich gerade vorhin beschrieben, was passiert, wenn das zu schnell und ohne gute Begleitung passiert.

Die Bildungsdirektion ist der Hauptplayer, was diesen Prozess betrifft. Ich habe mich aber immer als Unterstützer verstanden und seit 2014 unterstütze ich diesen Prozess. Ich habe immer versucht, alle an einen Tisch zu holen und zu schauen, wo wir eine Sonderschule auch in eine Regelschule umwandeln können. Jetzt rein, was die städtischen Schulen anbelangt: 2014, als ich Bildungsstadtrat wurde, hatten wir sechs Sonderschulen im städtischen Bereich, jetzt haben wir drei Sonderschulen. Das, was du aus der Integrationsstrategie zitierst, da müsstest du schon dazusagen, dass der Monitoring-Ausschuss des Bundes, das ist keine Beschreibung des Ist-Zustandes der Stadt Graz, sondern bundesweit gibt es da Aufholbedarf. Gerade die Steiermark war da schon zum Thema Integration immer Vorreiter und auch der Inklusionsprozess ist insofern erfolgreich, dass wir weniger Kinder mit Behinderung in Sonderschulen haben und mehr Kinder mit Behinderung in Regelklassen. Also, das kommt ein bisschen, ich weiß, du hast das sehr verkürzt zitierte, aber ich wollte dir das nur einmal erklären, wie

das auch zu werten ist. Wir haben ein eigenes System, dass wir in Richtung Inklusion gehen. Wir versuchen an großen Schulstandorten jetzt schon, alle Kinder aufzunehmen. Da hat es natürlich eine Vielzahl an Regelklassen. Es gibt Klassen mit sogenannten Integrationskindern und es gibt Partnerklassen, jetzt fünf an der Zahl. Das heißt, in Partnerklassen sind auch Kinder mit einer schwereren Behinderung, die dort ein spezielles Setting bekommen, weil ich bin Behindertenpädagoge, es ist nicht so leicht, wenn Kinder ADHS haben oder Autismus-Spektrum, dann muss man mit den Pädagoginnen und Pädagogen reden. Da kann man nicht von Null auf Hundert die Kinder in eine Regelklasse hineinsetzen, da sind dann alle überfordert. Das heißt, wir haben ein durchlässiges System mit Partnerklassen. Wenn Kinder wirklich gestärkt sind, können sie dann in Klassen kommen, wo Integrationskinder sind und die Vision ist, dass sie dann auch in Regelklassen untergebracht sind.

Was in unserem Aufgabengebiet liegt, ist das Bauliche, weil Inklusion braucht auch den notwendigen Raum. Frau Bürgermeisterin, das ist wirklich ein sehr wichtiges Thema. Danke. Diesen Raum versuchen wir auch bereitzustellen bei neuen Schulen mit Zusatzräumen. Wir versuchen auch jetzt, ältere Schulen, wenn wir sanieren, hier dementsprechend auszustatten. Ich habe auch jetzt einmal mit meiner Bildungsabteilung einen Plan erstellt, wie wir die restlichen Schulen auch zumindest rollstuhlgerecht machen können. Das ist noch nicht barrierefrei. Barrierefrei betrifft auch zum Beispiel Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen. Da muss man noch mehr denken. Ich habe auch einmal skizziert, wir bräuchten da ungefähr 100.000 Euro pro Jahr, damit wir in die richtige Richtung gehen. Da werde ich auch Gespräche mit Manfred Eber aufnehmen, aber meine Einstellung ist ganz klar: Inklusion, aber nicht übers Knie brechen, wir müssen die Ressourcen auch bereitstellen. Ich habe mit dem Stefan Hermann schon ein Gespräch geführt, er hat auch gesagt, er unterstützt den Weg der Inklusion, möchte aber auch Klassen und Schulen nach wie vor mit Schwerpunkten haben. Vielleicht kann ich das in der Zusatzfrage noch beantworten, was das bedeuten kann.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Ich möchte noch einmal unterstreichen, was die Frau Hopper gesagt hat. Jetzt haben wir zweimal Überschreitungen von über 2 Minuten gehabt bei der Anfragebeantwortung. Ich bitte wirklich, künftig kürzer zu sein. Bitte Zusatzfrage.

Gemeinderat **Ammerer**:

Danke für die sehr ausführliche Beantwortung. Es ist natürlich klar, dass wir ein inklusives Schulsystem nicht einfach per Verordnung beschließen, und dann ist es so. Das sind wir beide völlig einer Meinung. Natürlich ist es auch so, dass es Kinder mit einem so hohen Betreuungsbedarf oder Pflegebedarf gibt, dass die Idee, das flächendeckend in allen regulären Schulen anzubieten, eine sehr utopische ist. Nennen wir es einmal so. Aber, das ist das Extrembeispiel und es ist nicht immer gut, das nur anhand des Extrembeispiels zu betrachten, sondern es gibt viele Kinder, die einen Betreuungsbedarf haben, ja, aber nicht in dem Ausmaß, dass es jetzt unvorstellbar wäre, das breit auszurollen oder breiter.

Ebenso wollte ich dich auch noch darauf hinweisen, du hast sehr wichtig erklärt, dass du als Bildungsstadtrat ja vor allem für die Infrastruktur zuständig bist, aber ich stelle meine Frage ja ausdrücklich an dich als Stadtrat für Menschen mit Behinderung, in welcher Weise du dich einsetzen wirst und nehme sehr erfreut zur Kenntnis, dass du schon in Gesprächen mit dem Zuständigen in der Landesregierung bist. Da würde ich eigentlich gar keine Frage mehr anschließen, aber dir noch eine Minute geben, um das auszuführen, was du schon angekündigt hast.

Stadtrat **Hohensinner**:

Also medial kriegt man ja manchmal die Sachen ein bisschen sehr einseitig mit und wie ich das gelesen habe, mit Beibehaltung Sonderschule etc., da habe ich auch einmal genau hingehört und habe deswegen auch das Gespräch mit Stefan Herrmann gesucht. Er hat gesagt, Punkt 1, klar, der Weg muss in Richtung Inklusion gehen. Da möchte er

auch einen Prozess aufsetzen und er hat auch uns als Stadt Graz eingeladen, an dem Prozess teilzunehmen, weil er gesagt hat, dass wir gut unterwegs sind in Graz, was das betrifft. Aber er hat gesagt, er möchte auch Schwerpunktklassen oder Schwerpunktschulen beibehalten und das ist auch gut so, dass wir das Know-how, das wir auch an Sonderschulen haben, nicht verlieren. Ich schaue den Herrn Ulrich an, den Kollegen Ulrich, du hast dich immer eingesetzt für Kontingente Rosenberggürtel bei der Schule für hörbeeinträchtigte Schülerinnen und Schüler. Was gescheit ist, dort ist die Sonderschule in eine Regelschule umgewandelt worden, aber man hat diesen Schwerpunkt beibehalten. Genau so ist das auch zu verstehen, dass man nicht dieses Wissen, das man über Jahrzehnte aufgebaut hat, einfach über Bord wirft, sondern dass man diese Schwerpunkte beibehält und auch die Partnerklassen, von denen ich sehr viel halte, die wir in Graz umsetzen, sind ja auch Klassen mit Schwerpunktsetting. Das brauchen die Kinder, damit die Eltern auch mitgenommen werden, dass die Eltern auch eine Wahlfreiheit haben. Das ist mir wirklich ganz, ganz wichtig. Aber noch einmal abschließend bitte, uns nicht falsch zu interpretieren: Der Weg muss in Richtung eines inklusiven Schulsystems gehen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Als nächstes Herr Klubobmann Pascuttini. Er stellt seine Frage an Herrn Stadtrat Eber.

**6.6 Frage 6: Spielt die Stadt Graz bei den (Umbau-)Maßnahmen das Stadion Liebenau betreffend auf Zeit?
(KO GR Mag. Pascuttini KFG, an StR Eber, KPÖ)**

Klubobmann **Pascuttini**:

Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, noch kurz zur Geschäftsordnung: Der Herr Kollege Ammerer sagt: „Ich stelle dir jetzt keine Frage“. Daraufhin gibt es aber eine Antwort. Davor lässt sich

die Vizebürgermeisterin schon zu einer Wahlkampfrede hinreißen, siebeneinhalb Minuten. Ich würde wirklich bitten, dass man bei der Fragestunde kurze Fragen und kurze Antworten gibt. Das ist sonst nicht ganz fair für die, die etwas weiter hinten auf der Liste sind.

Herr Finanzstadtrat, deswegen von mir ganz kurz: Vor ein paar Tagen habe ich lesen müssen, in der Kronen Zeitung, da habe ich mich sehr geschreckt. Beim Stadionthema spielt die Stadt jetzt scheinbar auf Zeit. Im Fußball spielt man auf Zeit, wenn man eine Führung verteidigen muss, wenn man vorne liegt. Sie liegen bei der ganzen Stadionthematik schon sehr, sehr weit hinten, da haben Sie sich ein paar Eigentore geschossen. Deswegen ist es vielleicht nicht die richtige Strategie, jetzt auf Zeit zu spielen. Der gut recherchierte Artikel spart dann auch nicht mit berechtigter Kritik. Da geht es um zwei Projekte, wo die Arbeiten zum einen bereits im Februar hätten abgeschlossen werden sollen, da sind aber diese Sitzplätze noch gar nicht bestellt worden. Also, wie soll sich das ausgehen? Und zum anderen, kommt dem Leser, wenn man das genau durchliest, der kommt dann eigentlich zu dem Schluss, dass Sie hier ein bisschen wirklich auf Zeit spielen, nämlich hoffen, geradezu hoffen, das unterstelle ich Ihnen jetzt, dass der GAK wieder absteigt und Sie sich dann Kosten sparen. Weil ich doch an das Gute in Ihnen glaube, Herr Finanzstadtrat, möchte ich Ihnen jetzt hier die Chance geben, dass Sie diesen Bericht kommentieren und dass Sie alles ins rechte Licht rücken. Deswegen meine

Frage

an Sie: Welchen konkreten Zeitplan gibt es für die Umsetzung der bereits angekündigten und noch gänzlich ausstehenden Ausbau- und Umbaumaßnahmen betreffend das Stadion Liebenau?

Originaltext der Anfrage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Zu einem Dauerbrenner der Grazer Stadtpolitik entwickelte sich in den letzten Jahren (leider!) die Frage, welche Art von Stadion die Stadt Graz und deren Bundesligavereine

benötigen und wie die Zukunft des Stadion Liebenau aussehen soll. Egal ob Ein- oder Zweistadionlösung, eine oder zwei Machbarkeitsstudien, Nationalstadion ja oder nein, größer, kleiner oder gar kein Vip-Bereich, mehr Investitionen in die Sicherheit – es gab viele Gründe, über das Stadion und etwaige Ausbau/Neubaupläne zu sprechen.

Insgesamt ist allerdings bei diesem Thema trotz vieler salbungsvoller Worte von Seiten der KP-geführten Koalition ein Stillstand zu beobachten, wohl auch deshalb, weil ein „Gesamtkonzept“ der bis heute gänzlich fehlt und schlichtweg die dafür notwendigen Ausgaben für eine nachhaltige Lösung in ständiger Konkurrenz zu den anderen, umstrittenen politischen Schwerpunkten der Koalition stehen.

Ein neuerlicher Weckruf konnte der Kronen Zeitung am 12.01.2025 entnommen werden: Dem Artikel mit dem passenden Namen „Nur Schall und Rauch? Stadt spielt wohl auf Zeit!“ (online abrufbar unter <https://www.krone.at/3650809>) ist zu entnehmen, dass es weiterhin zu massiven Verzögerungen hinsichtlich der versprochen Umbauten kommt. Unter anderem ist trotz des vorgegebenen Zeitplans laut Artikel bisher nichts passiert: Unter anderem ist vom neuen Zugangssystem bei der Nordkurve noch nichts zu sehen, die neuen Sitze für die Südseite wurden laut Artikel noch gar nicht bestellt.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

gem. § 16a der GO des Gemeinderates
der Landeshauptstadt Graz:

Welchen konkreten Zeitplan gibt es für die Umsetzung der bereits angekündigten und noch gänzlich ausstehenden Ausbau-/Umbaumaßnahmen betreffend das Stadion Liebenau?

Stadtrat **Eber**:

Danke für die Frage, Herr Klubobmann. Ich möchte erinnern, im November 2023 bei dem Derby hat es ja sehr unschöne Szenen gegeben, beunruhigende Vorfälle. Wir haben dann sofort einen Sicherheitsgipfel einberufen mit den Behörden, den Zuständigen, mit der Stadionverwaltung, mit den Vereinen und mit den Sicherheitsunternehmen der Vereine. Die Polizei war natürlich auch dabei, und es wurden da in vielen Sitzungen dann Maßnahmen, vor allem Sicherheitsmaßnahmen für das Stadion ausgearbeitet. Wir haben im vergangenen Jahr, ich bin mir jetzt nicht mehr sicher, im Frühjahr war das, glaube ich, einen entsprechenden Gemeinderatsbeschluss, mit einem Budget von 2,3 Millionen Euro beschlossen. Von den insgesamt 14 Maßnahmen, die dort beschlossen wurden, sind 12 in Umsetzung beziehungsweise die Umsetzung bereits abgeschlossen. Das kann man dazu sagen. Wichtig an der Stelle ist auch, wir haben mit den Vereinen ja damals oder in Abstimmung ja auch darüber beraten, wie soll denn die Finanzierung auch ausschauen von diesen 2,3 Millionen und vor allem was die Sicherheitsmaßnahmen, nicht alle, aber die Sicherheitsmaßnahmen anbelangt, ist vereinbart worden, dass sich die Vereine daran auch beteiligen in Form einer erhöhten Miete über einen bestimmten Zeitraum, bis das wieder drinnen ist. Ich will jetzt gar nicht alles aufzählen, das war eh heute, glaube ich, oder gestern oder heute auch in der Kronen Zeitung sehr richtig dargestellt, also welche konkreten Maßnahmen es gegeben hat, die bereits zum Abschluss gebracht worden sind. Wichtig ist, es gibt jetzt noch zwei Maßnahmen, die mehr oder weniger offen sind. Das eine ist Steh- /Sitzplätze im GAK-Sektor, das andere sind Sicherheitsdrehkreuze zusätzlicher Art. Wichtig dabei ist zu wissen, dass in Abstimmung mit den Vereinen vor allem diese Drehkreuze, dass man hier einmal die Studie, die Machbarkeitsstudie abwartet, damit man hier nicht einen verlorenen Aufwand produziert. Also, wenn man das jetzt umsetzt und dann wieder wegrißt, wäre es natürlich nicht sinnvoll. Was Steh- /Sitzplätze anbelangt, muss ich sagen, aus meiner Sicht hat es hier bestimmte Abstimmungsschwierigkeiten tatsächlich gegeben zwischen der Stadionverwaltung und dem GAK. Das ist jetzt aber soweit ausgeräumt worden, auch in den letzten Tagen, sodass man heute davon ausgehen können muss, dass unverzüglich mit diesen

Arbeiten begonnen wird und mit der neuen Saison spätestens, also im Juni, Juli ungefähr diese Maßnahmen dann auch umgesetzt sein werden.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Zusatzfrage, bitte.

Klubobmann **Pascuttini**:

Herzlichen Dank. Sie haben jetzt auch meine Zusatzfrage schon mit beantwortet, das wäre genau in diese Richtung gegangen, ob der Zeitplan, was die Sitz- und die Stehplätze betrifft, eben, ob dieser Zeitpunkt dann halten wird. Darf an dieser Stelle auch noch an die Volksbefragung, an die Unterschriften, die wir aktuell sammeln, erinnern. Da haben wir jetzt bereits rund 1.000 erreicht, die restlichen 2 Minuten 40 gehen an den nächsten über, und der Herr Eber und ich, wir waren wirklich vorbildlich. Ich darf das auch an dieser Stelle sagen. Danke schön.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Nächste Fragestellerin, Frau Gemeinderätin Reininghaus. Sie stellt ihre Frage auch an Herrn Stadtrat Eber.

6.7 Frage 7: Strom aus fossilen Energieträgern hebt Klimaschutzziele aus (GRⁱⁿ Reininghaus, NEOS, an StR Eber, KPÖ)

Gemeinderätin **Reininghaus**:

Hoher Stadtsenat, liebe Kollegen und Kolleginnen, liebe Gäste am Balkon und zu Hause am Livestream. Meine Frage richtet sich an den Beteiligungsstadtrat Eber und bezieht

sich auf diesen Zeitungsartikel vom vergangenen Montag mit den Schlagzeilen „Schmutziger Strom stiftet Ärger in Graz. Kunden beziehen bei der Energie Graz Strom, der laut Kennzeichnung vollständig von fossilen Energieträgern stammt.“ Ich war fertig, als ich diesen Artikel gelesen habe, muss ich Ihnen ehrlich sagen. Ich dachte mir, wir sind in Graz echt schon viel weiter. Was tun wir nicht alles in Graz, um unsere CO₂-Emissionen runterzukriegen? Wir setzen Hundertschaften von Bäumen, wir machen Radfahrwege, wir ändern unsere Auflagen für Bebauungspläne, damit Dächer begrünt werden und Fassaden begrünt werden, alles mit dem Ziel, die CO₂-Emissionen in Graz runterzukriegen, und dann steht so was in der Zeitung. Ich bin selber Kunde bei Energie Graz, und mich hat dieser Artikel mehr schockiert als gefreut, das darf ich Ihnen sagen. Ich glaube, Transparenz ist bei der Energieversorgung sehr wichtig und die EU hat auch schon ihre Fühler ausgestreckt in diese Richtung, und darum, lieber Herr Beteiligungsstadtrat Eber, komme ich jetzt zu meinem Text. Artikel 15 1, EU-Richtlinie 2009/28/EG bezweckte mit der Installierung von Herkunftsnachweisen die Stromkund:innen zu informieren, welcher Anteil an erneuerbaren Quellen im Energiemix eines Energieversorgers enthalten sind und wie es um die Herkunft dieses Stroms kommt. In Verbindung mit dem Erneuerbaren-Ausbaugesetz und der Novelle des EIWOG 2010 wurde damit der Rahmen für eine transparente Stromkennzeichnung festgelegt, die erstmalig für das Jahr 2023 zu erfolgen hat. Und diese Stromkennzeichnung ist jeweils ein Jahr gültig und erfolgt immer rückwirkend für das vorangegangene Jahr.

Ich habe mir jetzt meine Jahresstromabrechnung angeschaut, habe diese Stromkennzeichnung gefunden und ich darf Ihnen also kurz erklären, woher der Strom der Energie Graz kommt. Im sogenannten „Versorgermix“ stammte der Strom zu 14,18 % aus Wasserkraft, zu 14,21 % aus sonstigen erneuerbaren Energien und zu 71,61 % aus fossilen Energien. Nur 14,95 % der Herkunftsnachweise kommen aus Österreich und 80,05 % der Nachweise aus dem Ausland. Im sogenannten „Produktmix Standard“ wurde der Strom überhaupt zu 99,93 % aus fossilen Energien erzeugt und stammt zu 100 % aus dem Ausland. Also, nicht einmal ein Prozent des Stroms wurde in

Österreich aus sonstigen erneuerbaren Energien produziert. Ich meine, das kann nicht sein, das ist ein trauriges Ergebnis für Graz. Ich stelle daher folgende

Frage

gemäß § 16a der Geschäftsordnung des Gemeinderates: Sehr geehrter Herr Beteiligungsstadtrat Eber, der überwiegende Teil des Stroms, der vom Energieversorger Energie Graz verkauft wird, wurde aus fossilen Energieträgern gewonnen. Wie werden Sie auf Energie Graz einwirken, um die ambitionierten Klimaschutzziele der Stadt Graz bis 2030 umsetzbar zu machen?

Originaltext der Anfrage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat Eber,

Art. 15 Abs. 1 EU-RL 2009/28/EG bezweckte mit der Installierung von Herkunftsnachweisen die Stromkund:innen darüber zu informieren, welcher Anteil an erneuerbaren Quellen im Energiemix eines Energieversorgers enthalten ist und wie es um die Herkunft von aus erneuerbaren Energiequellen erzeugter Elektrizität steht. In Verbindung mit dem Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) und der Novelle des ElWOG 2010 war somit der Rahmen für eine transparente Stromkennzeichnung geschaffen, die erstmalig für das Jahr 2023 zu erfolgen hat

<https://www.e-control.at/marktteilnehmer/oeko-energie/herkunftsnachweise>

Die Energieversorger sind nun verpflichtet, für jede Megawattstunde Strom einen Herkunftsnachweis auszustellen, aus dem die Energiequelle, der Zeitraum der Erzeugung des Stroms und der Standort der Erzeugungsanlage erkenntlich wird. Die Stromkennzeichnung ist immer ein Jahr gültig und erfolgt immer rückwirkend für das vorangehende Jahr

<https://www.energie-graz.at/formulare/strom-anmelden?page=&product=&producttype=&voucher=&step=1>

Aufgrund der erstmaligen Verpflichtung der Stromkennzeichnung ab dem Jahr 2023, habe ich meine Stromrechnung der Energie Graz GmbH & Co KG, datiert mit 19. Jänner 2024 in dieser Hinsicht genauer angesehen.

Da, wie bereits erwähnt, der Prozess der Stromkennzeichnung immer rückwirkend für das vorangehende Jahr erfolgt, wurden in der Rechnung die Herkunftsnachweise für das Jahr 2022 dargelegt:

Im sogenannten „Versorgermix“ stammte der Strom zu 14,18% aus Wasserkraft, zu 14,21% aus sonstigen erneuerbaren Energien und zu 71,61% aus fossilen Energieträgern, wobei 14,95% der Nachweise aus Österreich und ganz 80,05% der Nachweise aus dem Ausland kamen.

Im sogenannten „Produktmix Standard“ wurde der Strom zu 99,93% aus fossilen Energieträgern erzeugt und nur aus 0,07% aus sonstigen Erneuerbaren, wovon 100% aus dem Ausland kamen.

Dabei hat Graz als erste Stadt Österreichs einen umfassenden Klimaschutzplan mit 400 detaillierten Maßnahmen erarbeitet, mit dem Ziel bis 2030 klimaneutral zu sein
<https://www.grazer-ea.at/projekte/klimaschutzplan-graz/>

Daher stelle ich gemäß § 16a der Geschäftsordnung des Gemeinderats folgende

FRAGE

Sehr geehrter Herr Finanzstadtrat Eber,

der überwiegende Teil des Stroms der vom Energieversorger Energie Graz verkauft wird, wurde aus fossilen Energieträgern gewonnen. Wie werden Sie auf die Energie Graz einwirken, um die ambitionierten Klimaschutzziele der Stadt Graz bis 2030 umsetzbar zu machen?

Stadtrat Eber:

Vielen Dank, zunächst einmal muss man sagen, dass wir es hier mit einer Trennung zu tun haben von Strom und den Herkunftsnachweisen. Also, das bedeutet, wir haben oder die Energie Graz hat Strom eingekauft, man kann natürlich jetzt nicht genau

sagen, woher der kommt, also da ist natürlich alles Mögliche drinnen, das ist wie in einem See, wo der Strom hineinfließt, sozusagen und wenn man jetzt den Kühlschrank einschaltet, kann man nicht sagen, das ist jetzt Atomstrom, Fossiler Strom, Windkraftstrom oder was auch immer. Das heißt, separat vom Stromeinkauf werden die Herkunftsnachweise gehandelt, die im Nachhinein allerdings erst gekauft, verkauft werden und auf diesem Markt kann man sozusagen ein fiktives Pickerl für seinen Strom kaufen. Wir haben dann seit Februar 2022 den Konflikt Ukraine-Russland gehabt, also wo die Strom- oder überhaupt die Energiepreise explodiert sind, und das hat sich auch ausgewirkt auf die Herkunftsnachweise. Das bedeutet, wenn Energie Graz für 2021 mehr oder weniger 100 % Herkunftsnachweise gekauft hat für erneuerbare Energie, sind Kosten in Höhe von rund 340.000,- Euro entstanden. Für 2022 sind die Kosten dann auf rund 6 Millionen gestiegen, also das heißt, das ist eine Vervielfachung, und auch 2023 war ein ähnliches Preisniveau. Das heißt, um die Kosten für die Kunden der Energie Graz auf einem erträglichen Maß zu halten, hat man sich bei der Energie Graz entschlossen, also auf diese kalorischen Herkunftsnachweise zurückzugreifen. Mittlerweile haben sich die Mehrkosten für erneuerbare Labelings wieder auf ein vertretbares Niveau reduziert, sodass für das Jahr 2024 wieder ausschließlich erneuerbare Herkunftsnachweise beschafft werden können. Darüber hinaus, auch darauf möchte ich hinweisen, gibt es bei der Energie Graz einen eigenen Tarif für Graz Naturstrom, so nennt sich das Produkt, das zu 100 % aus regionalen und erneuerbaren Quellen sich zusammensetzt. Besonders wichtig in dem Zusammenhang ist es, gezielt in Klimaschutz- und Infrastrukturprojekte zu investieren, wie wir das ja auch vorhaben, und auch Energie Graz und andere das machen. Also ich verweise hier insbesondere auf den Photovoltaikmasterplan für das Haus Graz und natürlich die beiden Großprojekte Energiewerk Graz und die energetische Klärschlammverwertung. Damit können viele tausende Haushalte in Graz mit tatsächlich regionalen und erneuerbaren Energien, sowohl Strom als auch Fernwärme versorgt werden. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Zusatzfrage, bitte.

Gemeinderätin **Reininghaus**:

140.000 Haushalte, wenn man das so nennen kann, die versorgt werden von der Energie Graz. Sie haben meine Frage nicht beantwortet, lieber Herr Stadtrat Eber. Sie haben nur nachgeredet, was der Joachim, wie heißt er, der Sprecher der Energie Graz erzählt, dass mit den hohen Kosten nach dem Krieg, das ist auch schon bitte zwei Jahre alt, also die sind zwei Jahre hinten quasi mit dem Preisangleich, und es ist mir auch bekannt, dass alle Energieträger in Österreich nicht nur die Energie Graz Etikettenschwindel machen, indem sie eben Herkunftsnachweise separat vom eigentlichen Strom handeln, und wenn ich die gleiche Menge an grünem Strom kaufe, dann habe ich theoretisch als Kunde auf meiner Rechnung stehen, dass es sich um grünen Strom handelt. Das geht so nicht, das kann nicht sein. Wie wollen Sie denn die Grazer Stromkund:innen davor schützen?

Stadtrat **Eber**:

Also Tatsache ist eben, dass die Preise 2022, 2023 exorbitant hoch waren und um die Kunden und Kundinnen vor diesen Preissteigerungen ein bisschen zu schützen zumindest hat man sich zu dem Schritt natürlich entschlossen, wie gesagt 2024, 2025 und die nächsten Jahre gehen wir natürlich davon aus, dass wieder Herkunftsnachweise beschafft werden können, die zu 100 % aus erneuerbaren Energien bestehen und wie gesagt, die Klimaschutzprojekte sind natürlich auch nicht zu vernachlässigen und darauf freuen wir uns natürlich auch.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals. Herr Gemeinderat Topf stellt seine Frage an Herrn Stadtrat Eber.

**6.8 Frage 8: Park & Ride-Anlage in Andritz
(GR DI Topf, ÖVP, an StR Eber, KPÖ)**

Gemeinderat **Topf**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, ich darf sofort zu meiner Frage kommen, die richtet sich an Herrn Finanzstadtrat. Es geht um die Park & Ride-Anlage in Andritz, ist ja auch medial schon aufgeschlagen. Die Park & Ride-Anlage in Graz-Andritz ist ein wichtiger Schritt, um Verkehr aus dem Umland frühzeitig abzufangen, optimal gelegen direkt an der Straßenbahnlinie 5 und 3 sollte es nicht nur zu einer Reduktion des motorisierten Individualverkehrs, insbesondere auch der Pendlerinnen und Pendler, kommen, sondern wieder eine Einnahmequelle für die Stadt Graz darstellen. Leider ist die letzte Aktivität für dieses sinnvolle Konzept schon einige Zeit her. Im Dezember 2022, wurde von dir ein Stück in den Stadtsenat eingebracht, mit dem Ziel, die notwendigen Grundstücke zu sichern. Seitdem ist wenig passiert. Bei dem konkreten Projekt gibt es allerdings auch aus unserer Sicht, wie schon beschrieben, keinen Grund, warum man vor Ort nicht die Park & Ride-Anlage umsetzen sollte. Es ist, wie gesagt, schon klar ausgesprochen worden, dass wir dort einen Direktanschluss an den schienengebundenen ÖV haben, nämlich die Linie 3 und 5. Im Sinne dieses Motiventextes wäre erst dringend geboten, dass man diesen Ausbau oder zumindest die Planung ehestmöglich auf Schiene bringt. Aus den dargestellten Gründen stelle ich an dich, sehr geehrter Stadtrat, die

Frage,

möglichst schnell, wie sehen die weiteren Pläne beziehungsweise Schritte bezüglich des Grundstücks, die für den Ausbau der Park & Ride-Anlage Graz-Andritz notwendig sind, aus?

Originaltext der Anfrage:

Sehr geehrter Herr Finanzstadtrat!

Die Park & Ride-Anlage in Graz Andritz ist ein wichtiger Schritt, um Verkehr aus dem Umland frühzeitig abzufangen. Optimal gelegen direkt an der Straßenbahnlinie 5 und 3, sollte es nicht nur zu einer Reduktion des motorisierten Individualverkehrs insbesondere auch des Pendler:innen-verkehrs kommen, sondern würde auch eine Einnahmenquelle für die Stadt Graz darstellen.

Leider ist die letzte Aktivität für dieses sinnvolle Konzept schon einige Zeit her. Im Dezember 2022 wurde von Dir ein Stück in den Stadtsenat eingebracht, mit dem Ziel, die notwendigen Grundstücke zu sichern.

Seitdem ist wenig passiert. Auf diverse Nachfragen zur Gesamtstrategie hinlänglich des Ausbaus der Park & Ride-Anlagen bekamen wir immer wieder die Antwort, dass es eine gemeinsame Studie zwischen Stadt und Land über den Ausbau der Park & Ride-Anlagen geben soll. Diese Studie, auch das ist inzwischen hinlänglich bekannt, wurde bis heute nicht präsentiert.

Bei dem konkreten Projekt gibt es allerdings aus unserer Sicht, wie schon beschrieben, keinen Grund, warum man vor Ort nicht Park & Ride umsetzen soll.

Im Sinne des Motiventextes wäre es daher dringend geboten, dass man diesen Ausbau ehestmöglich auf Schiene bringt.

Aus den dargestellten Gründen stelle ich an Dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

Frage:

„Wie sehen die weiteren Pläne bzw. Schritte bezüglich des Grundstücks, die für den Ausbau der Park & Ride-Anlage Graz Andritz notwendig sind, aus?“

Stadtrat **Eber**:

Danke, lieber Georg, du hast ja in der Frage jetzt das ein bisschen präzisiert oder richtiger dargestellt, als das im Zeitungsartikel vor wenigen Tagen zum Ausdruck gekommen ist. Tatsächlich ist das Grundstück noch nicht angekauft, du hast gesagt, es ist nichts passiert, eigentlich seit Dezember 2022, wo der Stadtsenatsbeschluss der entsprechende gefallen ist. Tatsächlich hat die Abteilung für Immobilien zahlreiche Gesprächsrunden mit dem Eigentümer gehabt. Dafür an dieser Stelle auch stellvertretend für alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Immobilienabteilung den herzlichen Dank an die Abteilungsvorständin Heike Wolf-Nikodem-Eichenhardt, die auch heute hier unter uns ist. Tatsächlich ist es so, dass die Kaufpreisvorstellungen noch relativ weit auseinandergehen, also wir haben hier eine Differenz von 35 bis 40 % ungefähr, also das heißt, das ist bei einer derart großen Fläche, wie wir es dort vorfinden, nicht nichts, sondern beträchtlich und es hat sich auch ein zweites Problem nun aufgetan, nämlich dass ein Teil des Grundstücks oder ein angrenzendes Grundstück verkauft wurde, das allerdings notwendig wäre, um eine sichere und geregelte Zufahrt zu dem Grundstück herzustellen. Das heißt, es sind hier sicherlich noch einige Gesprächsrunden notwendig und selbstverständlich werden wir gerne zu gegebener Zeit, also wenn wir da weitergekommen sind, darüber auch berichten und entsprechende Beschlussfassungen dann auch vornehmen können.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Herr Gemeinderat, Zusatzfrage?

Gemeinderat **Topf**:

Noch eine Zusatzfrage. Die sich jetzt sozusagen um die Park & Ride-Anlagen grundsätzlich einmal, die in Graz sozusagen geplant werden sollten, sage ich jetzt im Konjunktiv, anschließt nämlich, es kursieren nämlich Gerüchte, dass an der Steinbergstraße ein Grundstück für eine mögliche zukünftige Park & Ride-Anlage zum Ankauf zur Verfügung stehen würde, bewusst im Konjunktiv. Hast du Informationen darüber, dass es dort ein Grundstück gäbe, noch einmal im Konjunktiv, dass allenfalls eine Park & Ride-Anlagen zur Verfügung stehen könnte? Im Westen würde man nämlich so etwas brauchen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Das ist ein großer Wunsch, auch aus der letzten Periode.

Stadtrat **Eber**:

Also zurzeit ist mir dazu nichts bekannt, muss ich sagen, aber wenn du mir hier vielleicht Informationen geben kannst, werden wir dem gerne nachgehen und uns das natürlich anschauen, ob das sinnvoll in eine Park & Ride-Strategie hineinpassen könnte, um es auch im Konjunktiv zu sagen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Das ist auch im Regionalmanagement ein Punkt gewesen. Wir sind am Ende der Fragestunde. Wir sind eh ein bisschen drüber, aber nachdem manche überzogen haben und unter acht machen wir es nicht mehr, weil ich würde wirklich noch einmal bitten, kürzer die Antworten und auch selbst sozusagen die Ergänzungen nicht zu lange.

Ende Fragestunde: 13.26 Uhr.